

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Wilsdruff, Postamt Nr. 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschafts Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 93 — 91. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 21. April 1932

„Und sie bewegt sich doch!“

Alles ist tausendmal gesagt worden über die weltwirtschaftlich-katastrophalen Wirkungen, die die deutsche Tribut- und die Kriegsschuldenfrage ausgeübt hat und in immer stärkerer Form ausübt. Alle diese Wirkungen sind auch zugegeben worden, nur ist man über das Neden und Zugeben noch immer nicht zu Taten der Rettung aus diesem Labyrinth gekommen. In Genf „berieten“ sich die Staatsmänner vorläufig noch gegenseitig auch wegen jener Fragen, hielten sich aber dabei gegenüber der profanen Öffentlichkeit in ein so tiefes Schweigen, daß man nicht weiß, ob Vorsicht dahinter steckt oder die Angst davor, daß aus der „Rühlungsphase“ wieder einmal eine „Aus-einanderlegung“ wird. Um so drastischer wirkt die Geste, die der englische Schatzminister Neville Chamberlain vor dem Unterhaus machte, als er seine Rede über das Budget Englands hielt. Auch im Haushalt des einst „old merry England“, des „alten, glücklichen Englands“, sieht es sehr unglücklich aus. Die gewaltige, jetzt schon vorhandene Steuerlast wird nun noch vermehrt durch Schaffung eines riesigen See-Einkuhrzollens, den man vor mehr als 100 Jahren aufgehoben hatte und der trotz seiner geringen Höhe einen Ertrag von 70 Millionen Mark bringen soll.

Doch das ist zwar Wirklichkeit und keine Geste, aber auch nicht mehr überraschend. Es handelt sich um etwas anderes, um eine wirklich überraschende Geste: Neville Chamberlain erklärte nämlich, daß er auf der Einnahmenseite wie auf der Ausgabenseite des Haushalts den Tributverpflichtungen, andererseits aber auch nicht auf die Kriegsschulden gegenüber Amerika. In der Hauptsache war das übrigens ein „durchlaufender Posten“ insofern, als England sich bei der Schaffung des Young-Plans im wesentlichen damit begnügte, von uns soviel als Zahlung zu verlangen, wie es selbst an Amerika zu entrichten hat.

Dieses Verhalten des englischen Kabinetts steht zunächst einmal in einem überaus drastischen Gegensatz zu dem des französischen Ministerpräsidenten. Laval hat kürzlich in seiner Haushaltsrede sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, er habe unter den Einnahmen auch jene aufzuführen lassen, die dem französischen Anteil an den deutschen Tributverpflichtungen für 1932 — also ab 1. Juli nach Ende des Hooverjahres — voll entsprechen, wobei er sich allerdings auch gleich mit der Unwahrscheinlichkeit vertraut machte, diese Zahlung wirklich zu erhalten. Das war also auch eine Geste, aber eine entgegengegesetzte gemeinte. Neville Chamberlain hat die ebenso nichterne wie richtige Erklärung hinzugefügt, auf der Lausanner Konferenz erst werde die Frage entschieden werden, und darum wolle er nicht nach dieser oder jener Seite hin vorgreifen. Das „Provisorische dieser „Regelung“ des Haushalts ist also vom englischen Schatzkanzler so stark betont worden, daß es auch bei dem Gläubiger Englands, also in Amerika, sofort der nahelegenden Kritik die Spitze abgebrochen hat. Aber das ändert nichts an dem politisch sensationellen Befehl des MacDonal-Rabinetts und es beweist auch, wie stark die ganze Reparationsfrage — denn Deutschlands Youngplan-Verpflichtungen sind zwar nicht „rechtlich“, wohl aber tatsächlich die eigentliche Quelle auch für die Bezahlung der Kriegsschulden an Amerika — heute doch schon aufgelodert ist. Und diese Sensation wird in Genf stärker wirken als nur wie eine Geste. Sie ist ein politisch ganz ungewöhnlicher Schritt, der der Erklärung Deutschlands Rechnung trägt, tributzahlungsunfähig zu sein.

Was aber wird Amerika dazu sagen, wo immer mit schärfster Betonung erklärt wurde und wird, daß die englisch-französischen Schuldverpflichtungen an die Vereinigten Staaten eine Sache für sich seien, besondere Verträge also, die zu erfüllen sind, gleichgültig, ob und wieviel Deutschland an Tribut zu zahlt? Denn Amerika geht — als Staat — nicht zu den Unterzeichnern des Young-Plans und unsere Tributzahlungen an Amerika sind gleichfalls in einem Sondervertrag geregelt, gehen nicht über die Vajeler Internationale hinaus!

Natürlich ist es augenblicklich sehr schwierig, aus Amerika eine klare, unzweideutige Antwort zu erhalten, einmal sich in Genf auch der Staatssekretär Stimson höchst klar in der dort üblichen „Schweige-Diplomatie“ löst. Wenn der bekannte Senator Vora, dem man nicht mit Unrecht ein gewisses Willigkeitsgefühl, eine Art Unvoreingenommenheit uns gegenüber nachsagt und der als Vorsitzender des Auswärtigen Senatsausschusses ein Mann von politischer Bedeutung ist, die Rede der, wenn man so sagen will: Europapolitik Amerikas in ein paar eindeutigen Sätzen zusammenfaßt, so ist das zwar wertvoll, aber nicht entscheidend. Er hat in seiner Senatsrede, die noch im Unkenntnis der sensationellen Beschlüsse des englischen Kabinetts gehalten wurde, ein amerikanisches Entgegenkommen den alliierten Schuldnern gegenüber an die drei Voraussetzungen geknüpft: Abrüstung, Regelung der deutschen Tributfrage, Überprüfung des Versailles-Vertrags. Das sind drei außerordentlich schwerwiegende und darüber werden wir Deutsche uns ohne weiteres klar zu machen — schwer zu bewältigende Voraussetzungen. Und Un-

Die Beratungen des Kanzlers in Genf.

Der Einsame.

Die Hoffnungen unentwegter Optimisten, daß der amerikanische Staatssekretär Stimson bei seinem Besuch in Genf das Reparations- und Schuldenproblem mit seinen Kollegen, die dorthin aus aller Welt zusammengeströmt sind, besprechen würde, sind, wie es vorauszusehen war, zerplatzt. Amerika hat jetzt gerade genug mit sich selbst und seiner Wirtschaftskrise zu tun, als daß es Europa in der Streichung der Schulden irgendwie entgegenkommen könnte. Bei einer Besprechung des Reichskanzlers mit Stimson ist denn auch offenbar das Schuldenproblem gar nicht berührt worden. In der Abrüstungsfrage und in der Forderung auf Gleichberechtigung soll der Amerikaner Brüning gegenüber seine Zustimmung zu dem deutschen Standpunkt ausgesprochen haben. Das ist durchaus möglich und bietet keine Überraschung, denn dieser Standpunkt liegt durchaus in der Linie der europäischen Politik Amerikas. Eine möglichst schnelle und möglichst durchgreifende Abrüstung der europäischen Staaten ist das A und das O aller Forderungen Amerikas, von denen es eine Befreiung mit weiteren europäischen Angelegenheiten abhängig macht. Entwaffnung und Beendigung des wirtschaftlichen Krieges durch Lösung der Reparationsfrage sind nach amerikanischer Auffassung rein europäische Angelegenheiten, deren Erledigung nicht in der Macht Amerikas liegt. Daß es aber nicht gewillt ist, bevor diese Bedingungen erfüllt sind, an eine Streichung der internationalen Schulden heranzutreten, das hat mit großer Deutlichkeit in Washington jetzt Senator Vora, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, ausgesprochen.

Diese Ausführungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und sollten denen, die immer noch nach Amerika als dem Berge, von dem die Hilfe kommen soll, schielen, endlich die Augen öffnen. Europa ist in der Lösung der Reparationsfrage ganz auf sich gestellt, und innerhalb Europas steht Deutschland auf einem isolierten Posten trotz aller schönen Reden von „Verständigung“. Vereinsamung kann zur Verzweiflung führen, sie kann aber auch zur Anspannung aller eigenen Kräfte führen und so zu machen, so daß dann der Einsame, statt anderen nachzulassen, selbst wieder zum begehrten Bundesgenossen wird. Einsamkeit ist auch nötig zur Selbstbesinnung. Möge Deutschland sie nutzen!

Was Brüning mit Stimson besprach.

Vor einem deutsch-französischen Zusammenstoß? Über die zahlreichen Unterredungen des Reichskanzlers in Genf wird von betreffender Seite vollkommenes Stillschweigen bewahrt. Über keine dieser Unterredungen ist bis jetzt weder offiziell noch inoffiziell irgendwelche Mitteilung gemacht worden.

Jedoch werden von amerikanischer Seite Einzelheiten über die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson mitgeteilt, die jedoch mangels amtlicher Bestätigung nur unter Vorbehalt wiedergegeben werden können. Nach diesen Mitteilungen soll der Reichskanzler dem Staatssekretär eingehend den bekannten deutschen Standpunkt über die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands dargelegt und insbesondere unterstrichen haben, daß die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage auf den internationalen Verträgen beruhe und dem Grundsatz der Gerechtigkeit entspreche. Stimson soll in der Unterredung volles Verständnis und Sympathie für den deutschen Standpunkt bekannt haben.

Reichskanzler Brüning beabsichtigt, am Donnerstag an der Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, wird jedoch vorläufig persönlich in die Verhandlungen nicht eingreifen. Jedoch scheint es möglich, daß er bei der Behandlung der für Deutschland entscheidenden Frage der Gleichberechtigung, die als Punkt 5 auf der Tagesordnung des Hauptausschusses steht, und wahrscheinlich Anfang oder Mitte der nächsten Woche zur Verhandlung kommen soll, eine Darlegung des

recht hat Vora gewiß nicht, daß nur dann Europa zu einer nicht bloß politischen, sondern auch wirtschaftlichen Sanierung kommen kann, wenn man über jene drei Punkte auf der Lausanner Konferenz nicht bloß etwa ergebnislos streiten, sondern über sie zu einer europäischen Einigung kommen wird. Aber zum mindesten hat das englische Vorgehen hinsichtlich der Reparationsfrage doch trotz aller Kulissendiplomatie in Genf die Folge, daß auch der Außenstehende von dieser Frage mit Calisei sagen darf: „Und sie bewegt sich doch!“

grundsätzlichen deutschen Standpunktes in dieser Kernfrage geben wird. In Genf Kreisen wird angenommen, daß bei dem Punkt 5 der Tagesordnung der deutsche und französische Standpunkt zum ersten Male in aller Schärfe aufeinanderstößen werden. Brüning beabsichtigt vorläufig, entgegen den ursprünglichen Dispositionen am Sonnabend nach Sigmaringen zur Abstimmung zu den Freuwahlen zu fahren und wird Sonntagabend in Genf zurückzukehren.

Tributfrage — Abrüstungsfrage.

Die Beratungen des Kanzlers in Genf. Von zuständiger Stelle der deutschen Abordnung in Genf werden über die bisherigen Verhandlungen des Reichskanzlers Brüning Mitteilungen gemacht, in denen es u. a. heißt: In den zahlreichen Gesprächen, die der Reichskanzler während seines bisherigen Aufenthaltes mit den leitenden Staatsmännern geführt hat, sind sämtliche Gebiete der internationalen Politik, insbesondere die Abrüstungsfrage, die Reparationsfrage und die Donaufrage erörtert worden. In den Unterredungen mit den italienischen und englischen Außenministern hat ein außerordentlich weitgehender und wertvoller Gedankenaustausch über die Reparationsfrage und damit eine Vorbereitung der Lausanner Konferenz stattgefunden. Es ergab sich, daß nicht nur eine dringende und schnelle Lösung der Reparationsfrage, sondern im Zusammenhang damit auch die Lösung der Wirtschaftskrise in Angriff genommen werden soll.

In der Reparationsfrage hat sich der begründete Eindruck ergeben, daß keine großen Entscheidungen vor den französischen Kammerwahlen zu erwarten sind, und daß erst nach den Wahlen die Verhandlungen in das entscheidende Stadium eintreten werden.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson will in gleicher Weise wie der Reichskanzler Brüning seinen Genfer Aufenthalt zunächst zur allgemeinen Orientierung über die Lage denissen.

Ein persönliches Hervortreten des Reichskanzlers auf der Abrüstungskonferenz wird erst in dem entscheidenden Augenblick der Verhandlungen, jedoch erst nach der am Donnerstag stattfindenden ersten Besprechung mit Macdonald erfolgen.

Über die Donaufragen wird erklärt, daß die Londoner Konferenz eine Etappe bedeute, in der sich geklärt hat, daß bei der endgültigen Lösung des Donauproblems in erster Linie den Forderungen der Wirtschaft Rechnung getragen werden müsse. Es könne angenommen werden, daß die weiteren Verhandlungen über die Hilfsmassnahmen für die Donaustaaten von den Londoner Ausführungen des deutschen Staatssekretärs beeinflusst sein werden.

Der Reichskanzler, der am Sonnabend vormittag zur Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen Genf verläßt, wird an dem traditionellen Frühstück der internationalen Presse am Sonnabend nicht teilnehmen können. Er beabsichtigt aber, bereits am Sonntagabend nach Genf zurückzukehren.

Donaufrage am 23. April in Genf.

Die auf der Londoner Donauftragungskonferenz eingeschickten Sachverständigen der englischen, deutschen, italienischen und französischen Regierung werden nunmehr endgültig am 23. April in Genf zur Aufnahme der Verhandlungen zusammentreten. Es sollen in erster Linie finanzpolitische Fragen behandelt werden, insbesondere die internationale Kreditgewährung an die Donaustaaten.

In Oslo wird auch in diesem Sommer deutscher Flottenbesuch erwartet. Für den 6. bis 12. Juli ist der Besuch der beiden deutschen Linienschiffe „Hessen“ und „Schleswig-Holstein“ angemeldet worden.

Die Vernichtung der Großangriffswaffen

Die Frontbildung gegen Frankreich.

Der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz verhandelte den dritten Punkt der Tagesordnung: Gleichzeitige Anwendung der quantitativen und qualitativen Begrenzung durch absolutes Verbot gewisser Materialien, ausgenommen bestimmter Bedingungen für deren Verbeibehaltung.

Der englische Außenminister Stimson trat in einer großen Rede mit außerordentlichem Nachdruck und großer Überzeugungskraft für den Vorschlag der englischen Abordnung ein, nach dem sich die Abrüstungskonferenz endgültig für den Grundsatz der qualitativen Abrüstung aussprechen soll. Nach dem englischen Vorschlag erklärt die Abrüstungskonferenz, daß sie den Grundsatz der qualitativen Abrüstung, d. h. die Abschaffung, Vernichtung und das